

Poener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Wilhelmsburg 17
bei C. H. Ulrich & Co.
Bretzenheim 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Gratz bei L. Streisand,
in Lieberis bei Ph. Matthias.

Jr. 850.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

SS Preußen und Waldeck.

Durch die an das Abgeordnetenhaus gerichtete Denkschrift des Landtags von Waldeck und Pyrmont, worin der Wunsch nach Einverleibung dieses Ländchens in Preußen ausgesprochen wird, ist das wunderliche Verhältnis, in welchem unser Staat in jenem Fürstenthum steht, wieder auf die Tagesordnung gebracht worden. Bekanntlich übernahm zur Zeit der Begründung des Norddeutschen Bundes Preußen durch den sog. Accessionsvertrag die Verwaltung von Waldeck-Pyrmont, weil der letztere genannte "Staat" sich außer Stande erklärte, die mit dem Eintritt in den Bund verknüpfte Erhöhung der Steuerlast zu ertragen. Nach dem Ablauf seiner ersten zehnjährigen Gültigkeitsperiode ist der sonderbare Vertrag vor einigen Jahren erneuert worden; die danach bestehende Ordnung der Dinge kommt darauf hinaus, daß Preußen alljährlich einen beträchtlichen Zuschuß zu den Kosten der waldeck-pyrmontischen Landesverwaltung leistet und dagegen die Stimme Waldeck's im Bundesrat führt; auch im Übrigen stehen der Krone Preußen die Regierungsrechte des Souveräns von Waldeck zu, der seinerseits sich — die Domänen des Fürstenthums vorbehalten hat.

Der letztere Punkt wird bei den Erörterungen, zu denen die Denkschrift des waldeck'schen Landtages Anlaß gibt, zu wenig beachtet. Bekanntlich ist die neueste Anregung der Sache dadurch veranlaßt, daß der Landtag von Waldeck den ihm von der preußischen Verwaltung vorgelegten Stat verworfen hat, so daß ein "Konflikt" en miniature besteht. Der Landtag glaubt auf Grund des Accessionsvertrages verlangen zu können, daß die dortigen Justizbeamten genau so hoch besoldet werden, wie die preußischen, während der Staatsentwurf zwar eine Erhöhung ihrer Gehälter, jedoch nicht ganz bis zum Betrage der preußischen, enthielt. Der Landtag glaubt ferner fordern zu dürfen, daß der auf Waldeck fallenden Anteil an den Überschüssen aus den Reichssauern zu einem Steuererlaß verwendet werde, weil in Preußen eine derartige Absicht besteht, während die Regierung jenen Anteil zur Verminderung des waldeck-pyrmontischen Defizits bestimmt hat. Wir wollen uns auf eine Erörterung der Rechtsbedeutungen der an das Abgeordnetenhaus gerichteten Denkschrift nicht einlassen. Sie sind ziemlich ansehbar, aber auch ihre definitive Abweisung würde wenig an der Thatache ändern, daß Preußen vor die Wahl gestellt ist, entweder in den Formen des jetzigen "Accessions"-Verhältnisses oder vermöge der Einverleibung des Ländchens einen nicht unerheblichen Theil der dortigen Verwaltungskosten zu tragen; in dieser Beziehung bedeutet offenbar die Annexion lediglich die auf die Dauer erfolgende Bestätigung des durch die Accession auf Zeit begründeten Zustandes: Waldeck würde innerhalb des preußischen Staates zu denjenigen Landestheilen gehören, welche weniger als den Durchschnittsbetrag der Steuerleistung aufzu bringen.

Das ist aber, zwar nicht ausschließlich, doch sehr wesentlich die Folge der beim Abschluß des Accessionsvertrags getroffenen Vereinbarungen über die Domänen. Der Fürst von Waldeck erlangte damals, was in einer Menge kleiner deutscher Staaten in den fünfziger und sechziger Jahren von den Dynastien mit verschiedenartigem Erfolg erstrebt wurde: die Erträge der, nach deutschem Staatsrecht dem Lande gehörigen Domänen dem Fürsten haue als Eigentum zuzuwenden. Hätte der Fürst von Waldeck die Regierung weiter geführt, so hätte er sich auf die Dauer nicht der Notwendigkeit entziehen können, einen Theil der Dominial-Nente zur Deckung der Staatsausgaben zu verwenden; er würde dies auch nicht umgehen können, falls Preußen die Fortdauer des Accessions-Verhältnisses ablehnte und der Fürst daher die Regierung wieder übernehmen müßte. Deshalb ist die Forderung berechtigt, daß, sofern eine Annexion des kleinen Landes an Preußen erfolgen soll, vorher eine Tteilung der Domänen zwischen dem Lande und derfürstlichen Familie stattfinde. Der preußische Staat hat an der Einverleibung Waldecks kein materielles Interesse — eher das Gegenteil — und auch kein politisches, wie gleich zu erörtern sein wird; Preußen kann sich allerdings nach dem ganzen Gange der nationalen Entwicklung in Deutschland nicht abweisend verhalten, wenn einer der Kleinstaaten die Einverleibung verlangt, und es darf dabei nicht auf Heller und Pfennig nachrechnen, ob die neu aufzunehmenden Staatsgenossen auch die Kosten ihrer Zugehörigkeit zu Preußen genau decken werden. Aber die Domänen gehören überall zum Lande; ihre vollständige Ausantwortung an eine zu mediatisirende Familie ist eine Ungerechtigkeit, auf die auch darum nicht eingegangen werden kann, weil daraus ein Präjudiz für das Verfahren bei etwaigen künftigen Mediatisierungen erwachsen könnte. Im vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß man es in Waldeck aus wirtschaftlichen und politischen Gründen in der Bevölkerung als eine höchst unerwünschte Aussicht betrachtet, in der Person des mediatisierten Fürsten, der die gesamten Domänen besäße, in dem kleinen Lande einen, dasselbe dann ökonomisch beherrschenden

den Großgrundbesitzer zu haben, der bei der Ausnutzung seiner Macht keinerlei Rücksicht auf dynastische Pflichten mehr zu nehmen hätte.

Im Jahre 1867, als der Accessionsvertrag zuerst abgeschlossen wurde, war der Fürst von Waldeck bereit, auch auf die Annexion einzugehen unter der Voraussetzung, daß er die Domänen erhielt; es scheint nicht völlig zweifellos zu sein, ob er jetzt noch ebenso denkt, ob er nicht eine gewisse Neigung hat, nach Ablauf der zweiten Vertragsperiode die Regierung selbst wieder zu übernehmen oder diese Möglichkeit doch seinem Sohne vorzubehalten; wie dem aber auch sein mag: wir müßten nicht, weshalb Preußen sich auf die Annexion einlassen sollte, sofern die Ansprüche des kleinen Landes auf die Domänen nicht zuvor billige Berücksichtigung finden. Daß die Annexion materiell ohne die Erfüllung dieser Vorbedingung ein sehr schlechtes Geschäft wäre, ist klar. Betrachtet man die Angelegenheit aber von nationalpolitischen Gesichtspunkten, so erscheint es keineswegs ausgemacht, ob der Einverleibung Werth beizumessen wäre. Die preußische Regierung führt schon jetzt die waldeck'sche Stimme im Bundesrat, und in diesem Betracht würde sich auch wenig ändern, wenn der Fürst von Waldeck etwa die Verwaltung des Ländchens und damit die Instruktion der waldeck'schen Bundesrats-Stimme später selbst wieder übernehme: Die kleinsten Staaten stimmen durchweg oder doch mit verschwindenden Ausnahmen mit Preußen; in dieser Hinsicht ist jetzt kaum ein Unterschied zwischen Waldeck und Schaumburg-Lippe oder Coburg-Gotha oder Schwarzburg-Sondershausen u. s. w., es würde ohne Accessionsvertrag keiner sein, und nach der Annexion ebenfalls keiner. Wollte man in der Einverleibung Waldeck's, der an sich also eine nationalpolitische Bedeutung nicht zufügt, aber ein Vorbild für eine allmäßige Vereinigung der sämtlichen ganz kleinen Bundesstaaten mit Preußen erblicken, so wäre sehr zu bezweifeln, ob eine solche Entwicklung der Dinge besonders zu wünschen ist. Wenn im deutschen Reiche überhaupt noch irgend eine Gefahr von den Kleinstaaten her droht, so doch sicher nicht von den kleinsten, die je eine Stimme im Bundesrat führen; selbst der grundsätzliche Anhänger des Einheitsstaates muß sich sagen, daß für die Verwirklichung seines Ideals das Verschwinden der Staaten von der Größe Waldeck's gleichgültig ist, so lange Bayern, Württemberg, Sachsen z. fortbestehen; so lange diese "Mittelstaaten" existieren und daher die bundesstaatlichen Formen unentbehrlich sind, erleichtert aber der Fortbestand der ganz kleinen Staaten die Handhabung dieser Formen: indem die kleinsten Staaten fast immer mit Preußen stimmen, ist dieses des ihm vermöge seiner Einwohnerzahl gebührenden Übergewichts sicher, während dasselbe doch nicht ein für allemal feststeht, die anderen Staaten sich also nicht als Vasallen zu fühlen brauchen.

Aus alledem schließen wir keineswegs, daß Preußen die Annexion Waldeck's oder irgend eines anderen Staates, wenn sie von jener Seite beantragt wird, ablehnen soll; die in dieser Beziehung bestehende Ehrenpflicht Preußens wurde oben bereits anerkannt; aber wenn es richtig ist, daß ein nationalpolitisches Interesse auf solche Annexionen nicht hindringt, so hat Preußen keinen Grund, auf eine so wohlberechtigte Bedingung, wie eine billige Verständigung über die Domänen, zu verzichten. So lange die Erfüllung dieser Vorbedingung nicht gesichert ist, vermögen wir uns nur sehr wenig für die Frage zu interessieren, ob im Bundesrat nicht der Widerpruch von 14 Stimmen die Verfassungsänderung verhindern würde, welche im Verschwinden eines Bundesstaates läge. Das geht die Waldecker und Pyrmonter mehr an, als uns. Gegen den Grundsatz Widerstand zu leisten, daß bei einer Mediatisierung die Domänen dem Fürstenhause gehören — dazu ist um so mehr Anlaß vorhanden, je mehr man der Ansicht ist, die Kleinstaaten werde auf die Dauer auch im Reiche nicht haltbar sein.

Fürst Bismarck und das Handelsministerium.

Der von uns bereits kurz erwähnte Artikel der "Prov.-Korrespondenz", welcher die obige Überschrift führt, lautet:

Die Fortschrittspartei hat so eben einen vergeblichen Versuch gemacht, Fürst Bismarck die Nötigung aufzuerlegen, als Handelsminister der Berathung des Handelsministeriums beizuhören. Der Versuch ist an der richtigen Erkenntnis der Lage der Dinge seitens der Mehrheit und an der Würdigung der Gründe, welche den Reichskanzler fern halten, gescheitert. Unter gewöhnlichen Verhältnissen wäre ja gewiß das Fernbleiben des Ministers von der Berathung seines Staats nicht zu erwarten und Fürst Bismarck hat genug Beweise seiner Achtung vor der Landesvertretung gegeben, um nicht in den Verdacht einer absichtlichen Verleugnung der selben zu kommen.

Aber die Verhältnisse, welche ihm einerseits den Landaufenthalt noch zur Notwendigkeit machen, und die Umstände, welche ihn andererseits das Handelsministerium übernehmen ließen, sind eben nicht gewöhnlicher Art und nicht mit dem gewöhnlichen Maßstab zu messen. Die Leiden, welche dem Fürsten Bismarck immer wieder die Erfüllung seines hohen Berufes erschweren und nur bei längerem ländlichen Aufenthalt erträglich werden, sind im Dienste des Landes entstanden, der Fürst darf sich aber diesem Dienst nicht entziehen, weil der Kaiser wie das deutsche Volk lieber jede Rücksicht üben wollen, als auf seine Tätigkeit verzichten.

Annoncen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Taube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Moes.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Divalidendank“.

Unter 20 Pf. die sechsgeschaffene Petrolzeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Als der Kaiser ihm zuerst die damals gewünschte Erleichterung gewährte, schrieb er:

"Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung diese Stellung von Ihnen verlangt."

Zehn inhalts schwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, folge leisteten; Schritt für Schritt hat Ihr Rath und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Eingang zu führen. Ihr Name steht unzweifelhaft in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu Theil geworden."

Einige Jahre später wollte Fürst Bismarck von Neuem zurücktreten, der Kaiser ertheilte ihm aber nur einen unbegrenzten Urlaub; damals sagte der Vertreter der großen Mehrheit der Landesvertretung (Herr v. Bemmigsen):

"Wir, die Vertreter der Nation, können dem Kanzler dafür dankbar sein, daß er bei diesem Zustande seiner Gesundheit, bei den Schwierigkeiten, die eine Thätigkeit an so hervorragender Stelle notwendig nach den verschiedenen Seiten mit sich führen muß, zu jeder Zeit, gezeigt vieleicht in diesem oder jenem Momente, daß er sich da hat bewegen lassen durch die ganze Lage, in der Deutschland sich befindet, — in patriotischer Erwägung der Aufgaben, die keinem anderen Manne in der Weise zur Lösung gestellt werden können, als gerade ihm, sich hat bewegen lassen, daß Abschiedsgeuch nicht aufrecht zu erhalten, sondern im Wesentlichen einen Urlaub und eine Außspannung von den laufenden Geschäften anzutreten, so möchte ich gerade glauben, daß die Veranlassung für den Reichstag, mindestens für alle Parteien, die der Politik des Reichskanzlers nahe stehen und dieselbe unterstützen wollen, gewesen wäre, der Befriedigung über diesen Ausgang der Krisis einen ummunden Ausdruck zu geben."

Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler, wenn er durch den Urlaub, der ihm jetzt gewährt ist, seine Gesundheit geprägt sieht, mit uns weiter zusammen arbeiten wird an der Entwicklung des deutschen Reiches und seiner Zustände auf der einmal gewonnenen verfassungsmäßigen Grundlage, und daß er dann die im Einzelnen praktisch hervorgetretenen Mängel und Lücken auf Grundlage der Verfassung mit uns in Uebereinstimmung mit den übrigen verbündeten Regierung zu befreien sich vornehmen wird."

Nun denn: Fürst Bismarck ist von seinem Urlaub gestärkt zurückgekehrt, und hat in den letzten Jahren seine ganze Thätigkeit und Energie immer mehr einer neuen Aufgabe für des Volkes Wohl zugewandt. Von dem Augenblicke, wo die Überzeugungen in wirtschaftlichen Dingen bei ihm feststanden, hat er die ganze Kraft seines amtlichen Einflusses an ihre Durchführung gesetzt. So lange er Minister sei, jagte er eins, werde er in diesen Betreibungen nicht nachlassen. Für das, was er unternommen habe, lägen die Aussichten keineswegs ermutigend, und es wäre Verath an der Sache, die er im Namen des Vaterlandes aufgenommen habe, wenn er das Ziel, soviel an ihm ist, unerreicht ließe.

Die ersten Schritte zur Erreichung jenes Ziels hat der Kanzler durch die Zollreform und die Grundlegung der Finanzreform in den vergangenen Jahren gethan. Jetzt will er, obgleich er müde, ja zuweilen todmüde ist von den Anstrengungen seines öffentlichen Berufs, doch noch die weiteren Schritte einer heilsamen Reform auf dem gewöhnlichen Gebiete thun, und hofft, in dieser Beziehung noch mehr Unterstützung als bei den ersten Schritten zu finden.

Um das Ziel ohne die etwaigen Schwierigkeiten, Reibungen oder Weiterungen mit einem vielleicht im Einzelnen anderen Auffassungen bündigen verantwortlichen Chef verfolgen zu können, hat der Ministerpräsident den König erucht, ihm selbst zu der Geschäftslast, die er bereits trägt, noch das Handelsministerium direkt zu übertragen. Seitdem werden, wie Sebemann weiß, die wichtigsten Projekte für die gewerblichen Kreise in Friedrichsruh erwogen, welche demnächst den Reichstag beschäftigen sollen.

Gleichzeitig ist für die Erfordernisse der Verwaltung in Berlin ausreichend georgt, indem für die Geschäfte, welche der Fürst nicht selbst verfüht, und für welche die Verantwortlichkeit eines Ministers geordnet ist, die Vertretung, wie immer in Behinderungsfällen, ge regelt, der tägliche Geschäftsverlauf aber vollkommen gesichert ist.

Alle Dienigen, welche des Reichskanzlers Politik und seine Pläne für das Wohl weiter gewerblicher Klassen irgendwie unterstützen oder auch nur reisen lassen wollen, müssen sich daher vereinigen, um ihm die Erfüllung seiner schweren Aufgabe zu erleichtern, nicht durch zwecklose Anforderungen noch zu erschweren.

Mit Recht durfte der Vertreter des Fürsten darauf hinweisen, daß derselbe durch die Übernahme des Handelsministeriums nicht Bormüte, sondern den Dant des ganzen Vaterlandes verdient habe."

Die "Prov.-Korresp." vergibt dem doch, beizufügen: "Dant natürlich nur von demjenigen Theile des Vaterlandes, welcher die Bismarck'sche Handels-, Zoll- und Steuerpolitik für die richtige hält."

Deutschland.

Berlin, 2. Dezember.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck hat hier in den letzten Tagen eine vertrauliche Besprechung der Vertreter der Städte des Osteins der Monarchie wegen eines Hochzeits-Geschenkes für den Prinzen Wilhelm stattgefunden.

Seitens des Reichskanzlers sind die Bedingungen genehmigt worden, unter denen der Magistrat resp. die städtische Bürgerschaft sich mit dem Projekt für die Errichtung des Reichstagsgesäubedes an der Ostseite des Königsplatzes (jetzt Raczyński'sches Palais) einverstanden erklärt hatten.

Nach § 42 Absatz 2 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 ist der Beginn der Frist zur Anmeldung der Befreiung gegen Entscheidungen der Disziplinargehörde des ersten Instanz ein verschiedener, je nachdem die bei der mündlichen Verhandlung bewirkte Verkündigung der Entscheidung, welche gemäß § 38 Alinea 3 a. a. D. mit Gründen zu erfolgen hat, in Geweit der Angeklagten oder in dessen Abwesenheit stattgefunden

